

## VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

### MINISTER FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES, RAUMORDNUNG UND WOHNUNGSWESEN

ANTONIOS ANTONIADIS

PRESSEMITTEILUNG – 06. März 2024

**Bedürfnisse der Betroffenen stehen an erster Stelle**

## **Dekretentwurf zur mentalen Gesundheit steht in den Startlöchern**

**In ihrer letzten Sitzung verabschiedete die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf zur mentalen Gesundheit. „An diesem Projekt haben Vertreter der mentalen Gesundheit aus Ostbelgien mitgewirkt. Das Dekret rückt die Bedürfnisse der Betroffenen in den Vordergrund und bietet einen Rahmen für die Arbeit und Finanzierung der Gesundheitsdienstleister“, so der zuständige Gesundheitsminister in einer Pressemitteilung.**

Durch die Übertragung von Teilen der Zuständigkeit der mentalen Gesundheit wurde die Deutschsprachige Gemeinschaft im Rahmen der 6. Staatsreform zuständig für die Finanzierung der Langzeitversorgung in der psychischen Gesundheit. Das umfasst unter anderem die Initiativen des begleiteten Wohnens, des psychiatrischen Pflegewohnheims und die Konzertierung der in dem Sektor tätigen Gesundheitsdienstleister. Weiterhin beim Föderalstaat blieb stattdessen die Verantwortung für die psychiatrische Akutversorgung in Kliniken und die mobilen Krisenteams sowie die Finanzierung und Rückvergütung von Psychologen und Psychiatern.

„Auch wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft für wesentliche Bereiche der mentalen Gesundheit weiterhin nicht zuständig ist, sah ich es als unsere Verantwortung, einen Rahmen für die Arbeit in der mentalen Gesundheit zu schaffen“, so der zuständige Gesundheitsminister. „Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren zu verbessern und die Schaffung neuer Angebote zu fördern. Dabei stellt das Dekret die Bedürfnisse der Betroffenen an erste Stelle. Alle Zielgruppen werden dabei angesprochen. Das reicht von den Kindern und Jugendlichen bis hin Erwachsenen ins hohe Alter. Die neuen Angebote umfassen niederschwellige Unterstützung, die beispielsweise Hilfe zur Selbsthilfe bieten über Prävention bis hin zu wohnortnahen Lösungen wie beispielsweise in der Tagesbetreuung oder in Form von Kurzaufenthalten.“

Sollten diese nicht reichen, sieht das Dekret eine orientierende und begleitende Fachberatung vor, die es ermöglicht, den Bürger an medizinische, therapeutische und psychosoziale Dienste weiterzuvermitteln.

„Eine verstärkte Netzwerkarbeit wird maßgeblich zur Umsetzung beitragen“, ist sich der Minister sicher. „Dafür haben wir Akteure aus der mentalen Gesundheit an der Konzeptarbeit beteiligt. Eine gute Netzwerkarbeit ist wichtig, um auf die demografische

Entwicklung, die gesellschaftlichen Krisen oder den Fachkräftemangel reagieren zu können.“

Der Dekretentwurf wurde im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hinterlegt und soll vor dem Ende der Legislaturperiode verabschiedet werden.

Weitere Auskünfte erteilt:

Linda Zwartbol  
**Referentin für Öffentlichkeitsarbeit**  
Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Kabinett Vize-Ministerpräsident Antonios Antoniadis  
Klötzerbahn 32 – 4700 Eupen  
TELEFON +32 87 / 876 740, E-MAIL [linda.zwartbol@dgov.be](mailto:linda.zwartbol@dgov.be)